



Kommunales Entwicklungsprojekt auf den Philippinen*: „Viele Freundschaften bleiben eine Fernliebe“

„Schreiende Not lindern“

SPIEGEL-Report über kommunale Entwicklungshilfe für die Dritte Welt

Mit Spenden und Projekten engagieren sich immer mehr westdeutsche Städte und Gemeinden in Entwicklungsländern. Fachleute preisen den humanitären und päd-

agogischen Wert der Nord-Süd-Partnerschaften, warnen aber vor allzu großem Optimismus: Manche Gemeinden liefen „mit gutem Willen in die Falle“.

Die Einwohner der philippinischen Region Sagay, eines Hunger-Landstrichs im Norden der Insel Negros, erleben in jüngster Zeit einen wundersamen Aufschwung.

Die Bauern der Bergsiedlung Campo Santiago, die bislang ihre Wurzel-Felder mit der Hacke beackern mußten, können jetzt Wasserbüffel vor ihre Pflüge spannen. Die Fischer von Molocaboc, bei denen es früher nicht zu eigenen Booten reichte, sind stolze Besitzer einer kleinen Fangflotte geworden. Und die Grundschule von Taba-Ao, deren Schüler ihren Durst bisweilen aus Tümpeln löschen mußten, kann sich seit letztem Sommer einen großen Trinkwasserspeicher leisten.

Die beachtlichen Fortschritte verdanken die Filipinos ihren guten Beziehungen zum niedersächsischen Landkreis Osterholz. Dessen Gemeinden finanzieren die Hilfsaktionen für das rund 11 000 Kilometer entfernte Sagay. Die Ortschaft Ritterhude etwa hat die Was-

serbüffel gekauft, der Trinkwassertank und die Einbaumboote wurden mit Geldern aus der Gemeinde Hambergen finanziert. Zu den Hilfsaktionen, erklärt Oberkreisdirektor Hans-Dieter von Friedrichs, fühle sich Osterholz „human verpflichtet“. Friedrichs: „Wir müssen schreiende Not lindern.“

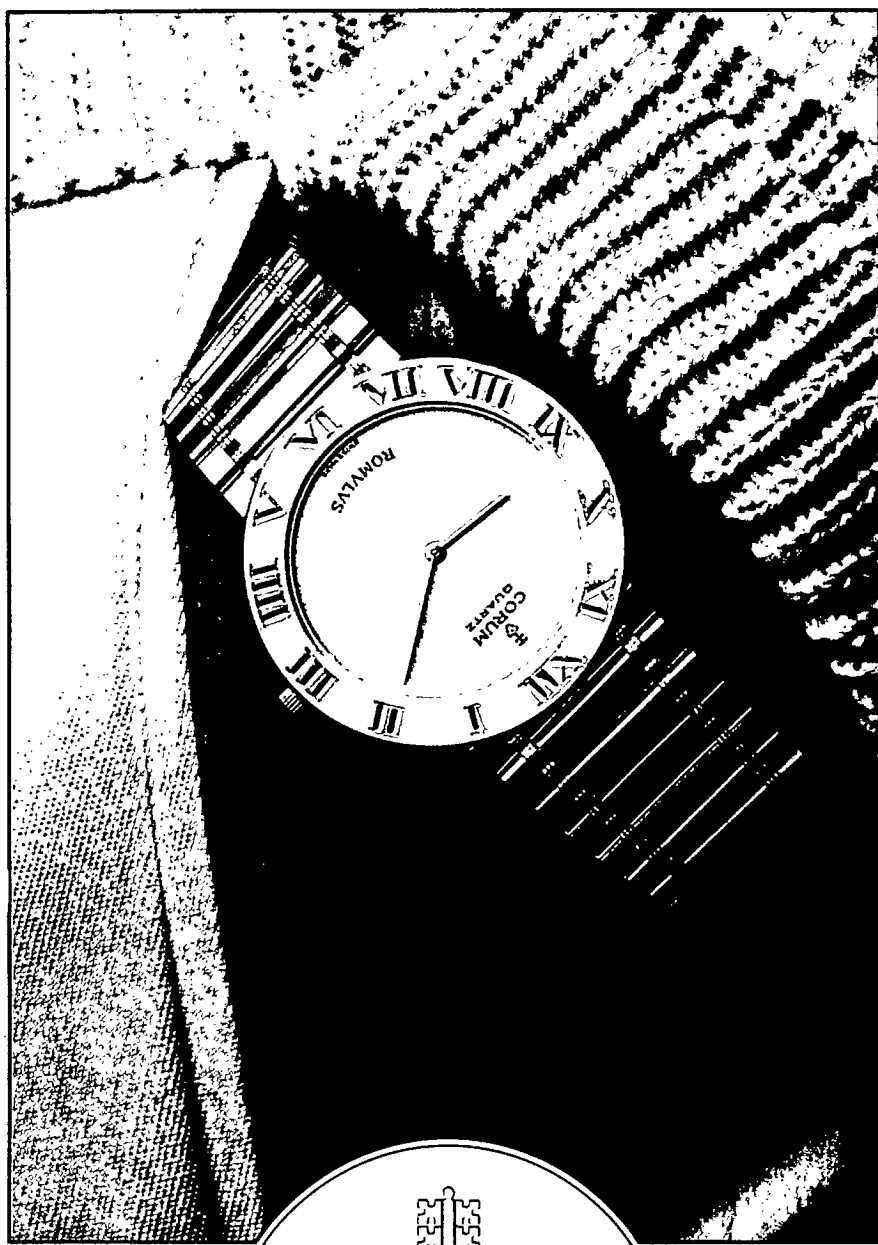
Die Sagay-Projekte des plattdeutschen Landkreises sind bezeichnend für das Engagement, mit dem eine rasch wachsende Zahl bundesdeutscher Städte und Gemeinden in Entwicklungsländern hilft. Vom fränkischen Ansbach, das in der westafrikanischen Volksrepublik Benin Wasserpumpen finanziert, bis zum rheinland-pfälzischen Zweibrücken, das im ostafrikanischen Ruanda eine Krankenstation mit aufbaut, fördern mittlerweile schätzungsweise gut 400 Kommunen – immerhin fast fünf Prozent der rund 8500 westdeutschen Gemeinden – Projekte in der Dritten Welt.

* Fischerboote des Landkreises Osterholz in Sagay.

Kaum ein Land in Afrika, Asien oder Lateinamerika, in dem nicht schon irgendeine Stadt oder ein Dorf mit Geldern und Geschenken Gutes tun will. Im Krankenhaus von Sokodé im nordafrikanischen Togo schlafen die Patienten auf Betten aus der bayerischen Partnerstadt Kirchheim. In den Slums der indischen Millionenstadt Poona sorgen von Bremen finanzierte Entwässerungssysteme und Toilettenanlagen für Hygiene. Im Nicaragua-Städtchen Diriamba arbeiten Schüler und Lehrer mit Linealen, Bleistiften und Tafelkreide, die Langensfeld bei Frankfurt gestiftet hat.

Der kommunale Brückenschlag in die Entwicklungsländer ist die jüngste und zugleich umstrittenste Variante einer traditionsreichen Form von Provinz-Diplomatie: der Städtepartnerschaft.

Das internationale Netz bundesdeutscher Partnerschaften umfaßt rund 3000 ausländische Städte. Die meisten Freundschaftsbünde bestehen mit Gemeinden in Frankreich und England; sie



CORUM

SUISSE

«ROMULUS». AUS MASSIVEM GOLD, ULTRAFLACH. HANDGRAVIERTE RÖMISCHE ZIFFERN SYMBOLISIEREN KLASSISCHE ANTIKE. «ROMULUS» – AUSDRUCK EINER LEBENSHALTUNG. EINZELN ANGEFERTIGT MIT DEM KÖNNEN UND DER SORGFALT AUS LANGJÄHRIGER TRADITION.

ROMULUS. MASSIVGOLD, STAHL/GOLD ODER PLATIN, WASSERDICHT, FÜR DEN HERRN UND DIE DAME. DIE UHREN VON CORUM FINDEN SIE IN FÜHRENDEN JUWELIERGESCHÄFTEN. AUSKÜNFTE DURCH CORUM, HEINRICH-HEINE-ALLEE 4, D-4000 DÜSSELDORF, TELEFON 0211 320 446. 2330

wurden oft schon in den fünfziger und sechziger Jahren gegründet. Die Städte wollten damit den ehemaligen Feindländern zeigen, daß, so Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, in der Bundesrepublik inzwischen „ein anderer Geist herrscht als 1933“.

Im Zuge der Entspannungspolitik fanden dann etliche Kommunen auch Gefallen an Beziehungen zu Ostblock-Städten. Das fränkische Nürnberg etwa ist seit 1979 mit der polnischen Stadt Krakau verbandelt, Wolfenbüttel unterhält Beziehungen zu Satu Mare in Rumänien, Bielefeld mit der Sowjetstadt Nowgorod. Auch mit Städten der DDR, die sich jahrzehntelang gegen Partnerschaften mit der Bundesrepublik sträubte, haben mittlerweile 42 Kommunen Freundschaftsverträge unterzeichnet.

Während die Partnerschaften West-West und West-Ost vor allem von Versöhnungs- und Verbrüderungsgedanken getragen werden, sollen die neuen Nord-Süd-Freundschaften „zur Beseitigung



Entwicklungshilfe-Kritikerin Erler
Millionensummen versickert

der Ursachen der Unterentwicklung“ beitragen, wie der Oberbürgermeister von Ingolstadt, Peter Schnell, hofft. Seine Kommune schickt Fachkräfte in die brasilianische Stadt Estância, um bei der Handwerker-Ausbildung zu helfen.

Mit ihren Aktionen wollen die Städte die staatliche Entwicklungshilfe ergänzen, die Bonn seit 1950 leistet. Allein im letzten Jahr zahlte das von Entwicklungshilfefeminister Jürgen Warnke (CSU) geleitete Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) knapp sieben Milliarden Mark für Aufbauprojekte – von der Dorfschmiede in Botswana bis zur Gen-Bank für Pflanzen in Costa Rica.

Doch der Nutzen der Entwicklungshilfe ist fragwürdig. Denn obgleich sich die von den Industrieländern aufgebraachte Geldmenge in den letzten 20 Jahren versechsfacht hat, wurden die Ziele nur selten erreicht.



Minister Warnke: „Hilfe zum Anfassen“

Millionenzuschüsse versickerten aufgrund von Korruption, unzählige Entwicklungsruinen bezeugen Planungs-mängel in den Ministerien der Industri-nationen oder im Regierungsapparat der Zielländer. Fabriken verrotten, weil es für die Produkte keine Absatzmärkte gibt; technisches Gerät kann nicht benutzt werden, weil es an Ersatzteilen mangelt; Produktionsgenossenschaften müssen wieder aufgelöst werden, weil Niedrigpreise den aufwendigen Anbau nicht lohnen.

Kritiker der staatlichen Entwicklungs-förderung, wie die ehemalige BMZ-Refe-rentin Brigitte Erler, sehen in vielen Pro-jekten vor allem profitträchtige Aufträge für westliche Industrieunternehmen – et-wa wenn im Auftrag der Weltbank in Ban-gladesch ein neues Telefonsystem einge-führt werden soll, obwohl das Land über ein funktionierendes Netz verfügt.

Um eine Alternative zu bieten, began-nen deshalb schon vor Jahrzehnten Städ-te in England, Frankreich und vor allem in den Niederlanden mit kommunaler Entwicklungsarbeit. In Holland unter-stützt mittlerweile fast jede zweite Ge-meinde eine Dritte-Welt-Stadt, um unab-hängig von Industrie und Machtpolitik direkt von Stadt zu Stadt zu helfen.

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas hat die kommunale Dritte-Welt-Hilfe zum Programm erklärt; er fordert seine Mitglieder seit langem zur „ver-stärkten Zusammenarbeit und konkreten Solidarität mit den Entwicklungslän-dern“ auf. „International“, weiß der Lei-ter des „Europäischen Büros für kommu-

nale Entwicklungszu-sammenarbeit“, Ge-rolt Weisrock, sei städ-tische Entwicklunghil-fe „längst eine Bewe-gung“.

Bundesdeutsche Städte ziehen nach. „Dritte-Welt-Partner-schaften“, berichtet Walter Leitermann vom Deutschen Städ-tetag, „haben Kon-junktur.“

Liebster Kontinent kommunaler Entwick-lungshelfer ist Afrika – und dort sind es viel-fach Dürregebiete wie die Sahelzone, in de-nen Städte ihre Partner suchen. Viele Helfer wurden, wie Hans Grips vom „Förderver-ein Willich-Zogoree“ (Burkina Faso), durch „Hungermeldungen“ auf solche Regionen aufmerksam.

Einen Spitzenplatz unter den Ziellän-dern hält Nicaragua mit über 20 offiziel-len Städte-Bündnissen. Hier mischen sich politische und karitative Motive: Seit die christliberale Regierung in Bonn der Mittelamerika-Republik, der sie Mißachtung der Menschenrechte vor-wirft, 1982 die staatliche Entwicklungshilfe gestrichen hat, propagieren vor-nehmlich Sozialdemokraten und Grüne die Nicaragua-Partnerschaften als „Entwicklungshilfe von unten“.

Den ersten Anstoß zum Nord-Süd-Bund haben einige Kommunen von ih-ren europäischen Partnerstädten erhal-ten. So wurde das rheinische Hürth erst „durch eine Anregung aus Holland“ (Stadtdirektor Georg Rogge) im keniani-schen Kabarnet aktiv. Weingarten im Schwäbischen kam durch seine französi-sche Partnerstadt Bron zu einem Dritte-Welt-Projekt. Gemeinsam unterstützen beide Städte seither im Sahel-Land Mali Projekte wie den Bau von Brunnen und Bewässerungsleitungen für Reisfelder.

Vor allem aber sind es lokale Dritte-Welt-Kreise und Bürgerinitiativen, Kir-chengemeinden, Friedensgruppen und Parteiverbände, die Entwicklungspartnerschaften anknüpfen. So bewegten die Mitglieder eines Vereins „Bürgerpart-nerschaft Dritte Welt“ im südhessischen Idstein ihre Stadt zum Bund mit Moshi in Tansania. Im nordrhein-westfälischen Oerlinghausen trug die Arbeitsgemein-schaft Entwicklungshilfe des örtlichen Gymnasiums ein Partnerschaftsprojekt in der chilenischen Hauptstadt Santiago an den Stadtrat heran.

In Osnabrück machten das „Aktions-zentrum Dritte Welt“ und der „Dritte-

Süd-Factoring GmbH
Tochtergesellschaft der
Südwestdeutschen Landesbank
Stuttgart/Mannheim
Lautenschlagerstraße 20
7000 Stuttgart 1
Telefon (0711) 1 27 72

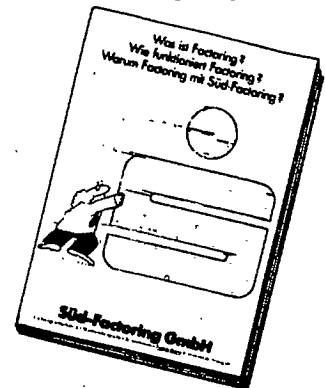
Ihr Erfolg!

Liquidität und Rentabilität mit Süd-Factoring

Wir, die Süd-Factoring, haben viel mit Ihrer Branche zu tun.

- Wir bezahlen Ihre Forderungen sofort
- Wir übernehmen das Ausfallrisiko zu 100 %
- Wir führen Ihre Debitorenbuchhaltung

Fordern Sie unser Handbuch für Factoring mit detailliertem Fragebogen an.



Süd-Factoring GmbH

SP-10-89

Coupon

Anschrift

Telefon

Welt-Laden“ für die Unterstützung von Zamboanga auf den Philippinen mobil. Und ohne den Verein „Hermandad“ (Brüderlichkeit), der von Lehrern, Studenten und der SPD-nahen Jugendorganisation „Die Falken“ mitgetragen wird, wäre die Revierstadt Herne keine Partnerschaft mit der Nicaragua-Insel Ometepe eingegangen.

Ihre Dritte-Welt-Bündnisse deklarieren etliche Kommunen jedoch nicht als offizielle Städtepartnerschaft, sondern als „entwicklungspolitische Zusammenarbeit“, als „Patenschaft“ oder als „Städtesolidarität“, wie etwa Bremen seine Verbindung mit dem indischen Poona bezeichnet. „Mit dem traditionellen Begriff der Partnerschaft“, erklärt Gunther

ist die Ausnahme. Und noch viel seltener sind Gegenbesuche aus dem Süden, wie ihn Hürth in diesem Sommer bekam. Auf Kosten der Stadt durften die beiden besten Schüler des Deutschkurses von Kabaret für drei Wochen von Kenia ins Rheinische fliegen.

In den Entwicklungsländern kann sich nur eine auserlesene Honoratioren-Schar die Reise in die Bundesrepublik leisten. Aus deutschen Städten zieht es zumeist nur kleine Grüppchen von Hobby-Entwicklungshelfern, die mal Alternativ-Urlaub machen wollen, in die Partnerstädte, so den Ladenburger Oberstudienrat Franz-Josef Völker, 57. „Aus Engagement“ und weil ihn das „persönliche Abenteuer“ lockte, hatte sich der



Hamburger Entwicklungsprojekt in Nicaragua*: „Sehr sympathische Revolution“

Hilliges, der beim Senat der Hansestadt die Entwicklungszusammenarbeit betreut, werde „sonst nur vertuscht, daß zwischen den Städten in vielen Bereichen Welten liegen“.

Mit den hergebrachten Partnerschaften, die aus dem Wunsch nach gegenseitigen Bürgerbegegnungen erwachsen, haben die exotischen Bünde wenig gemein. Wegen der großen Entfernungen und der teuren Reisekosten ist kaum eine Stadt bereit, Besuchsprogramme zu finanzieren. Eine Dritte-Welt-Freundschaft, bedauert der Herner Oberstadtdirektor Roland Kirchhof, werde deshalb meist „eine ‚Fernliebe‘ bleiben müssen“.

Daß Jugendliche mal auf Fahrt in ein Entwicklungsland gehen können, wie eine Gruppe aus dem Jugendzentrum Lahnstein, die ihre Partnerstadt Ouahigouya in Burkina Faso besuchen durfte,

Lehrer mit drei Kollegen und zwei Ingenieuren im letzten Jahr in die Partnerstadt Garango im westafrikanischen Burkina Faso aufgemacht. Zwei Wochen blieben die Baden-Württemberger in dem Dorf, reparierten die Elektroinstallationen im Krankenhaus und besichtigten die Mangobaumpflanzungen, die Ladenburg finanziert hatte.

Eine Ausnahme bilden die Freundschaftsbünde mit Nicaragua. Mobilisiert durch breite Solidaritätskampagnen und angelockt auch von revolutionärem Flair, starteten im letzten Jahr Hunderte von Aktivisten zu Stippvisiten oder längeren Arbeitsaufenthalten in die Sandinisten-Republik. Allein aus Hamburg machten sich ein Dutzend Helfer auf den Weg in die Partnerstadt León, weil sie, wie ein Elektriker aus dem Hambur-

* Wasserversorgung in León.

Helmut Kaiser

Unternehmensberatung

Aktuell

Technologie-Spiegel Umwelttechnik

270 Seiten, 56 Abbildungen, 24 Tabellen,
DIN A4, **DM 200,-** + MwSt.

Ein komprimierter Technologieextrakt aus Markt- und Technologiestudien Umwelttechnik der HKU. Die Technologiebeschreibungen werden abgerundet durch globale Marktdaten und eine Wettbewerbsübersicht ausgewählter Umwelttechnikfirmen in Westeuropa. Ständige Aktualisierung gewährleistet die Erfassung der neuesten Technologie- und Marktentwicklung.

Umwelttechnik Westeuropa Management Summary

270 Seiten, ca. 200 Abbildungen und
Tabellen, DIN A4, Preis **DM 8.900,-** + MwSt.

- Potential-Analyse-Matrix Umwelttechnik, Westeuropa 1987 – 2000
- Abfall, Wasser, Meß-, Regel- und Analysetechnik, Luft, Lärm, Energie und Dienstleister
- Detaillierte Marktzahlen, Ist-Situation und Entwicklung
- Wettbewerber
- Bewertung der Chancen und Risiken in der Umwelttechnik

Information und Bestellung bei

Helmut Kaiser

Unternehmensberatung

Philosophenweg 2, 7400 Tübingen
Telefon (07071) 670 01; Telex 726 27 68

Schwerpunkte der Studien- und Strategiearbeit sind:

1. Umwelttechnik
2. Belastungsforschung
3. Recycling-Technologien
4. Pharma-Gesundheit-Medizintechnik
5. Neue Werkstoffe
6. Neue Technologien und Verfahren
7. Sicherheit
8. Energie
9. Meß-, Regel- und Analysetechnik
10. Industriemärkte

Die HKU-Gruppe wurde 1980 gegründet. Seitdem wurden über 300 Studien und Projekte durchgeführt.

Arbeitsschwerpunkte der HKU sind:

- Marketing neuer Produkte und Technologien.
- Analyse von Markt- und Technologieentwicklungen.
- Unternehmensspezifische Technologie-, Markt- und Diversifikations-Strategien.
- Optimierung der Unternehmensergebnisse und Umsätze unter Berücksichtigung zukünftiger Technologien.
- Recycling und Entsorgungskonzepte für Unternehmen, Kommunen und Produkte.
- Merger- und Akquisition-Dienstleistungen.

ger Hafen, der dort in seinem Urlaub Stromleitungen verlegt hat, die „Revolution da sehr sympathisch“ fanden.

Trotz des Mangels an Bürgerbegegnungen sind Dritte-Welt-Freundschaften zumeist lebendiger als die Beziehungen zu europäischen Städten.

Während die traditionellen Partnerschaften sich oft im steifen Honorationen-Tourismus und im sporadischen Austausch von Kirchenchören und Feuerwehrrapellen erschöpfen, wecken die exotischen Verbindungen in der Bevölkerung beachtliche Aktivität.

Kirchgänger, Krankenschwestern und Kneipenwirte ziehen vielerorts mit der Sammelbüchse los. Fußballklubs veranstalten Benefiz-Spiele, Ortsvereine stiften die Einnahmen aus Straßenfesten, Schulklassen spenden Basar-Erlöse. Für León werkeln in Hamburg drei Dutzend Gruppen aus Pastoren und Pensionären, Ärzten und Arbeitslosen, Lehrern, Schülern, Gewerkschafts-, Frauen- und Stadtteil-Initiativen. Sie organisieren, woran es der Partnerstadt mangelt: einen Kleinbus für die Sonderschule, Geräte für „Radio Venceremos“, Maschinen für die Lederfabrik, tonnenweise Hefte, Stifte und Radiergummis für zwei Dutzend Partnerschulen, Geld für ein Diagnosezentrum, für eine Rechtsberatung und einen Soja-Ernährungskurs im Frauenhaus.

An etlichen Schulen sind die Partnerschaften zudem Arbeitsthema. Vielen Lehrern wie dem Studienrat Bernd-Dieter Röhrscheid, 41, gelten sie als „unverzichtbarer Unterrichtsgegenstand“. Wenn der Pädagoge seinen Schülern am Willicher St.-Bernhard-Gymnasium die „abstrakte Problematik des Nord-Süd-Konflikts“ erläutern will, greift er am liebsten zu Diavorträgen und Reiseberichten aus der Patenregion Zogoree. Röhrscheid: „Dazu haben die Schüler einen Bezug, das ist ihnen ein Begriff.“

In der Auseinandersetzung mit den Nöten der Partner sehen Versächter kommunaler Entwicklungszusammenarbeit wie der Bremer Hilliges denn auch die „große Chance, Verständnis für die Probleme der Entwicklungsländer zu wecken“. Andere Befürworter sehen darin eine gute Möglichkeit, dem wachsenden Fremdenhaß entgegenzuwirken.

Mehr als jede Sammelaktion für anonyme Projekte von Hilfswerken, hofft Stefan Chrobot, Referent für Entwicklungszusammenarbeit in der Hamburger Senatskanzlei, könnten die neuen Partnerschaften „bewirken, daß bei uns Bewußtsein wächst und Verantwortung für Nord-Süd-Fragen entsteht“. Neben den Spenden organisieren etliche Kommunen deshalb auch Info-Abende und



Partnerschaftsförderer Hilliges
„Trauriges Tamtam“



Partnerschaftskritiker Glagow
„Schlagzeileinträchtiger Schmuck“

Volkshochschul-Vorträge oder versuchen, wie Hürth, durch Partnerschaftsfeste und Ausstellungen „die Bevölkerung mit der Entwicklungsproblematik zu konfrontieren“.

Der finanzielle Aufwand für die Entwicklungshilfe-Ambitionen der Gemeinden hält sich in Grenzen. Bremens Poonaförderung kostet jährlich rund 100 000 Mark, Düsseldorf ist die Unterstützung von Ciudad Sandino in Nicaragua 50 000 Mark wert, der Landkreis Osterholz und seine Gemeinden stellen in ihren Haushalten 15 000 Mark für Hilfsmaßnahmen bereit. Die Gesamtmittel der kommunalen Entwicklungshilfe schätzen Fachleute wie Weisrock auf bundesweit „über zehn Millionen Mark im Jahr“, Tendenz steigend.

Von Ausnahmefällen abgesehen, sind die Entwicklungspartnerschaften rechtlich unproblematisch. Welche Dritte-Welt-Projekte die Städte, die nach dem Grundgesetz eigentlich nur „Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ (Artikel 28) wahrnehmen sollen, aus den Steuerkassen finanzieren dürfen, haben die Innenminister der Länder 1985 festgeschrieben: „Grundvoraussetzung“ einer solchen „kommunalen Auslandsarbeit“ sei, daß die Städte, ähnlich wie bei der hergebrachten Partnerschaft,

„Gemeinden oder vergleichbare Institutionen im Ausland zum Partner“ haben und daß die Entwicklungsarbeit auch in der deutschen Gemeinde verankert sei.

So erhob die Bezirksregierung Lüneburg prompt Einspruch, als der Stadtrat von Uelzen für ein Entwicklungsprojekt seiner französischen Partnerstadt in Afrika pauschal „den zehntausendsten Teil des Haushalts“ bereitstellen wollte – gewissermaßen als Scheckbuchhilfe ohne Gemeindebezug.

Und in Köln legte vor zwei Jahren der Regierungspräsident sein Veto ein, als der Erftkreis ein Rechtshilfeschwabe für Schwarze in Südafrika mit 30 000 Mark unterstützen wollte. Der Kampf gegen die Apartheid, befand die Oberbehörde, sei kein Gemeindeauftrag.

Von solchen Fällen abgesehen, fördern die meisten Bundesländer das kommunale Engagement inzwischen mit Zuschüssen und Broschüren („Die Dritte Welt im Rathaus“). Auch BMZ-Chef Warnke propagiert die „Entwicklungshilfe zum Anfassen“. Dennoch warnen Kenner der kommunalen Hilfe wie der Bielefelder Soziologe Manfred Glagow vor einer „allzu optimistischen Bewertung“ der Städte-Initiativen.

Nach der Begutachtung der Projekte, Patenschaften und Partnerschaften von 75 nordrhein-westfälischen Gemeinden sieht Glagow für die Initiativen vor allem die „Gefahr, von Stadtdirektoren als schlagzeileinträchtiger Schmuck benutzt“ zu werden. Glagow: „Die Kommunalpolitiker haben die Publikumswirksamkeit und Prestigeträchtigkeit der Dritte-Welt-Partnerschaften erkannt.“

Und natürlich nutzen manche Bürgermeister die Beziehungen auch zu exotischen Dienstreisen. Hamburgs Erster Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) etwa plant im nächsten Jahr, zu einem Antrittsbesuch nach León zu jetten. Auf einem Kongreß über kommunale Entwicklungszusammenarbeit Ende letzten Jahres in Mainz brüsteten sich, wie der Bremer Experte Hilliges erinnert, etliche Stadtvertreter „mit Pressefotos, auf denen sie ‚Negerhäuptlingen‘ Schecks in die Hand drücken“.

Doch es ist nicht nur das bisweilen „traurige Etiketten-Tamtam“ (Hilliges) von eitlen Stadtoberen, das kritische Entwicklungshelfer beklagen. Für „sehr problematisch“ halten es Profis wie Holger Baum von der Deutschen Welthungerhilfe auch, daß manche Kommune ihre Projekte allzu naiv angeht: „In ihrer Machermentalität“, kritisiert Baum, „rennen die Städte mit gutem Willen in die Falle.“

Schon die Auswahl der Projekte, beklagen Baum und Kollegen, geschehe bis-

Ausländer

weilen „ohne Kenntnis der lokalen Macht- und Wirtschaftsverhältnisse und ohne Rücksicht auf die Folgekosten“. So habe eine Gemeinde im Südbadischen einen Krankenwagen in eine Partnerstadt auf den Philippinen schicken wollen, „ohne zu bedenken, wer für die Reparaturen aufkommt und ob da unten überhaupt jemand den Wagen fahren kann“.

Probleme bereitet den Kommunen, ebenso wie der Bundesregierung, bisweilen die Erfolgskontrolle. Regelmäßige Projektbesuche von fachkundigen Bürgern sind die Ausnahme, und selbst die sind vielfach ihren Gesprächspartnern in den Entwicklungsländern auf Treu und Glauben ausgeliefert.

Pioniere in der kommunalen Entwicklungshilfe wie Duisburgs Oberbürgermeister Josef Krings räumen freimütig ein, daß nicht immer alles klappt wie gewünscht. Die Rheinstadt wollte in der togoischen Hauptstadt Lomé die Feuerwehr modernisieren und die Krankenversorgung verbessern.

Doch für die unbefestigten Straßen waren die schweren Löschzüge ungeeignet. Dem ausrangierten Krankenwagen, den Duisburg seiner Partnerstadt gestiftet hatte, fehlte bald ein Rad, das nicht ersetzt werden konnte. Und die in Duisburger Kliniken ausgebildeten Krankenpfleger wollten nicht mehr in ihre Heimat zurück. „Unsere Partnerschaft mit Lomé“, gesteht Krings, „muß als gescheitert betrachtet werden.“

Vor allem wenn die Verbindungen auf Einzelinitiativen zurückgehen und von den Städten nur nebenbei verwaltet werden, können die Partnerschaften nach kurzem Strohfeuer erlöschen.

Der Landkreis Osterholz, der vor Jahren durch die Brieffreundschaft eines Kreistagsabgeordneten mit einer philippinischen Lehrerin auf die Projektidee mit Sagay gekommen war, hat etliche Gelder vergeudet. Weil sich „nach einiger Zeit niemand mehr richtig darum gekümmert hat“, berichtet Charlotte Gödicke von der Partnerschaftsinitiative, seien die Spendengelder „allmählich irgendwo versandet“.

Doch nur selten halten solche Rückschläge eine Kommune davon ab, die Partnerschaft aufzugeben – allein schon weil die Befürworter vom pädagogischen und politischen Wert des Projekts überzeugt sind. Nachdem in Osterholz die Partnerschaft mit Sagay durch das Engagement einer Bürgerinitiative um die Lehrerin Gödicke erstarbt ist, will der Landkreis künftig aufs neue zahlen.

Im nächsten Monat schickt Oberkreisdirektor von Friedrichs einen Abgesandten auf die Philippinen-Insel, der dort die Projektarbeit vorantreiben soll – mit 36 000 Mark aus der Kasse des 95 000-Einwohner-Kreises.

Bohrung und Durchstich

Im deutschen Norden dürfen Ausländer an Kommunalwahlen teilnehmen. Die Unionschristen fordern in Karlsruhe ein Verbot der Neuerung.

Der Spanier Rogelio Garcia Barroso, 57, kam vor knapp 30 Jahren in die Bundesrepublik. Seit langem nimmt der Sprachlehrer in Kassel am politischen Leben des Landes mehr Anteil als die meisten Deutschen.

Während der Schulzeit seines Sohnes gehörte Barroso dem Stadt- und Landeselternbeirat an. Er ist Mitglied der städtischen Schulkommission und des Ortsbeirats in seinem Wohnbezirk. Im Ausländerbeirat von Stadt und Land bekleidet er Führungspositionen.

Der Spanier, der wohl dem Wunschbild der Politiker vom demokratischen Bürger entspricht, wurde für seinen Einsatz ausgezeichnet: Vor fünf Jahren verlieh ihm der Bundespräsident das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Doch mittlerweile hadert Barroso mit der Gesellschaft. Er findet es widersprüchlich, daß er kommunale Ehrenämter versehen, aber an kommunalen Wahlen nicht teilnehmen darf.

Barroso ist einer von mehr als vier Millionen Ausländern, die in der Bundesrepublik leben. Wie weit und ob sie an der kommunalen Selbstverwaltung teilhaben dürfen, wird am Mittwoch dieser Woche vor dem Karlsruher Bundes-

verfassungsgericht (BVG) behandelt. Der Bonner CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger und weitere 223 Unionsabgeordnete des Bundestages klagen gegen das neue Gemeinde- und Kreiswahlgesetz im SPD-regierten Schleswig-Holstein, das wenigen Ausländern erstmals für März 1990 den Gang zur Wahlurne gestattet.

Nach dem Gesetz dürfen Staatsangehörige einiger europäischer Länder, die länger als fünf Jahre in Schleswig-Holstein wohnen, beim nächsten Mal wählen. Diese Regelung möchten die Unionschristen möglichst schon im Keim ersticken: Sie wollen die Entscheidung des Gerichts, ob das Gesetz verfassungskonform ist, gar nicht erst abwarten; das BVG soll eine einstweilige Anordnung erlassen und die Ausländerwahl kurzerhand verbieten.

Vor allem will die Union verhindern, daß künftig in anderen Bundesländern auch Türken und Griechen, Italiener und Spanier wählen dürfen. Bei dem Kieler Gesetz handele es sich, meint Dreggers Prozeßbevollmächtigter Josef Isensee, nur um eine rechtspolitische „Probebohrung“, der später „der eigentliche Durchstich“ folgen solle. In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen wurden entsprechende Gesetze schon beschlossen, Berlin und vermutlich auch Nordrhein-Westfalen werden folgen.

Den Durchbruch haben Nachbarstaaten wie Schweden und Holland längst hinter sich. Und die EG empfiehlt, für das Kommunalwahlrecht der Europabürger solle nur noch deren tatsächlicher Aufenthaltsort maßgeblich sein. Eine ähnliche Regelung hat schon 1985 das Europäische Parlament von allen Mitgliedstaaten verlangt – mit den Stimmen



Demonstration für Ausländerwahlrecht: „Lebens- und Schicksalsgemeinschaft“